

ALLGEMEINE MANDATSBEDINGUNGEN (AMB)

VON PRO BONO HEIDELBERG E.V.

Anlage: Datenschutzhinweise

I. Kontaktdaten..... 1

II. Allgemeines zur Datenverarbeitung und den Datenschutzhinweisen 2

1. Ziel und Zweck dieser Datenschutzhinweise 2
2. Kategorien von personenbezogenen Daten 2
3. Verarbeiter von personenbezogenen Daten 2
4. Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten 2
5. Dauer der Speicherung personenbezogener Daten 3
6. Übermittlungen in Drittländer 3

III. Datenverarbeitung im Rahmen einer Mandatsbearbeitung..... 3

IV. Datenverarbeitung nach Abschluss einer Mandatsbearbeitung 4

1. Speicherung der Kontakt- und Falldaten mit Klarnamen 4
2. Speicherung der Falldaten in anonymisierter Form 4
3. Veröffentlichung der anonymisierten Falldaten im vereinsinternen Newsletter und auf Social-Media-Plattformen 5

V. Rechte des Mandanten 5

1. Auskunftsrecht 5
2. Recht auf Berichtigung 6
3. Recht auf Löschung 6
 - a) Voraussetzungen des Lösungsanspruchs 6
 - b) Umfang des Lösungsanspruchs bei Veröffentlichung der personenbezogenen Daten 6
 - c) Ausschluss des Lösungsanspruchs... 7
4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung 7

5. Recht auf Datenübertragbarkeit 8
6. Widerspruchsrecht 8
7. Widerrufsrecht 9
8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde 9

I. Kontaktdaten

1. der Verantwortliche

Der Verantwortliche im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Pro Bono Heidelberg
 – Studentische Rechtsberatung e.V.
 c/o StuRa der Universität Heidelberg
 Albert-Ueberle-Straße 3
 69120 Heidelberg

Vertreten wird der Verantwortliche durch seinen Vorstand.

2. der Datenschutzbeauftragte

Der Datenschutzbeauftragte von Pro Bono Heidelberg e.V. ist sein erster Vorsitzender. Zu erreichen ist der Datenschutzbeauftragte unter

Pro Bono Heidelberg
 – Studentische Rechtsberatung e.V.,
 Datenschutzbeauftragter
 c/o StuRa der Universität Heidelberg
 Albert-Ueberle-Straße 3
 69120 Heidelberg

E-Mail: kontakt@probono-heidelberg.de

II. Allgemeines zur Datenverarbeitung und den Datenschutzhinweisen

1. Ziel und Zweck dieser Datenschutzhinweise

Mit diesen Datenschutzhinweisen informiert der Rechtsdienstleister den Mandanten in allgemeiner Weise über die Datenverarbeitung durch den Rechtsdienstleister und in besonderer Weise über die Datenverarbeitung im Rahmen der Bearbeitung eines Mandats.

Ferner informiert der Rechtsdienstleister den Mandanten über dessen Rechte im Hinblick auf die Verarbeitung seiner Daten. Begrifflich ist mit „Datenverarbeitung“ stets die Verarbeitung personenbezogener Daten gemeint.

2. Kategorien von personenbezogenen Daten

Der Rechtsdienstleister verarbeitet folgende Kategorien von personenbezogenen Daten:

a) Verarbeitung im Rahmen eines Mandats

Der Rechtsdienstleister verarbeitet im Rahmen eines Mandats folgende Daten:

- den Namen, die Anschrift und die E-Mail-Adresse, gegebenenfalls auch die Telefonnummer des Mandanten (Kontaktdaten)
- und die Daten, die der Mandant dem Rechtsdienstleister zur Beantwortung seiner rechtlichen Fragen (elektronisch per E-Mail und gegebenenfalls postalisch) übermittelt hat – also im Wesentlichen die Sachverhalts-schilderung (Falldaten).

Diese Daten können auch schon vor der Erteilung eines Beratungsauftrags übermittelt worden sein. Die vorliegenden Datenschutzhinweise beziehen sich gleichwohl ausschließlich auf die Verarbeitung von Daten im Rahmen eines Mandats.

b) Verarbeitung außerhalb eines Mandats

Wurde noch kein Beratungsauftrag erteilt, richtet sich die Verarbeitung von Daten nach den Datenschutzhinweisen, die der Rechtsdienstleister auf seinem Internetauftritt bereitgestellt hat.¹

3. Verarbeiter von personenbezogenen Daten

Der Rechtsdienstleister verarbeitet personenbezogenen Daten im Allgemeinen durch seine Mitglieder und im Besonderen

- durch ein dem Fall des Mandanten zugeteiltes Beraterteam und einen solchen Berat gem. § 7 Absatz 2 AMB,
- durch seinen Vorstand
- und durch vom Vorstand für besondere Aufgaben bestimmte Personen (Organisationsteam); diese Personen unterstützen den Vorstand bei der Leitung des Vereins.

4. Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Sofern der Rechtsdienstleister im Rahmen des Mandatsverhältnisses Daten anderen Personen und Unternehmen offenbart, sie an diese übermittelt oder ihnen sonst Zugriff

¹ Diese sind hier abrufbar:

<http://probono-heidelberg.de/wp-content/uploads/2020/04/Datenschutzhinweise-Website.pdf>

auf die Daten gewährt, erfolgt dies entweder auf Grundlage einer gesetzlichen Erlaubnis (z.B. wenn eine Übermittlung der Daten an Dritte gem. Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b) DSGVO zur Vertragserfüllung erforderlich ist) oder, wenn die Betroffenen eingewilligt haben oder, wenn eine rechtliche Verpflichtung dies vorsieht.

5. Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Das Kriterium für die Speicherdauer ist die jeweilige gesetzliche Aufbewahrungsfrist. Nach Fristablauf werden die entsprechenden Daten gelöscht, sofern sie nicht mehr zur Zweckerreichung, Vertragserfüllung oder Vertragsanbahnung erforderlich sind.

6. Übermittlungen in Drittländer

- a) Sofern der Rechtsdienstleister Daten in einem Drittland (d.h. außerhalb der Europäischen Union (EU) oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)) verarbeitet oder dies im Rahmen der Inanspruchnahme von Diensten Dritter oder der Offenlegung bzw. der Übermittlung von Daten an Dritte geschieht, erfolgt dies nur, wenn es entweder zur Erfüllung seiner (vor-) vertraglichen Pflichten oder auf Grundlage einer Einwilligung des Mandanten oder aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung oder auf Grundlage seiner berechtigten Interessen geschieht.
- b) Vorbehaltlich gesetzlicher oder vertraglicher Erlaubnisse, verarbeitet oder lässt der Rechtsdienstleister die Daten in einem Drittland nur beim Vorliegen der besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO verarbeiten. D.h. die Verarbeitung erfolgt z.B. auf Grundlage besonderer Garantien, wie der offiziell anerkannten Feststellung eines der EU entsprechenden Datenschutzniveaus (z.B. für die

USA durch das „Privacy Shield“) oder unter Beachtung offiziell anerkannter spezieller vertraglicher Verpflichtungen mit dem Dritten (so genannte „Standardvertragsklauseln“) oder nur mit einer besonderen Einwilligung des Mandanten gem. Art. 49 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a) DSGVO.

III. Datenverarbeitung im Rahmen einer Mandatsbearbeitung

1. Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

- a) Solange ein Mandat bearbeitet wird, verwendet der Rechtsdienstleister sowohl die Kontakt- wie die Falldaten des Mandanten. Allerdings hat nur ein zugeteiltes Beraterteam, der zugeteilte Beirat sowie der Vorstand und das Organisationsteam Zugriff auf die Daten.
- b) Die Verarbeitung erfolgt u.a., indem die Daten in einer Cloud gespeichert und über E-Mails und einen Messenger-Dienst übermittelt werden. Diese Speicherung und Übermittlung erfolgt durch Datenübermittlung an Dritte, deren Unternehmenssitz und Verarbeitungsort sich in der Europäischen Union (EU) oder im Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) befindet.

2. Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist gem. Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b) DSGVO der Beratungsauftrag, zu dessen Erfüllung ein schneller und unkomplizierter Datenaustausch innerhalb der Vereinsstrukturen notwendig ist. Stellt der Mandant die Kontakt- und Falldaten nicht zur (vollständigen) Verfügung, kann die in § 5 AMB dargelegte Beratungspflicht des Rechtsdienstleisters nicht (vollständig) erfüllt werden.

IV. Datenverarbeitung nach Abschluss einer Mandatsbearbeitung

Wird ein Mandat nicht mehr bearbeitet, werden die Daten folgendermaßen verwendet:

1. Speicherung der Kontakt- und Falldaten mit Klarnamen

a) Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Auf die Kontaktdaten und die Falldaten mit Klarnamen hat nur der Vorstand und das Organisationsteam Zugriff. Die Daten werden nur verwendet, wenn dies wegen des zugrundeliegenden Mandats erforderlich wird (also insbesondere zur Klärung und Abwehr möglicherweise gegen den Rechtsdienstleister geltend gemachter Ansprüche).

b) Speicherdauer

Die Kontaktdaten und die Falldaten mit Klarnamen werden über die Dauer von zehn Jahren digital gespeichert.

c) Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die zehnjährige Speicherung der Kontakt- und Falldaten mit Klarnamen ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. f) DSGVO, weil der Rechtsdienstleister ein berechtigtes Interesse an der Speicherung hat, bis gem. § 199 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BGB mögliche Ansprüche verjährt sind.

2. Speicherung der Falldaten in anonymisierter Form

a) Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Die Falldaten werden in anonymisierter Form digital gespeichert. Die Speicherung erfolgt auf Servern, die innerhalb

der Europäischen Union (EU) oder des europäischen Wirtschaftsraums (EWR) betrieben werden und daher der DSGVO unterfallen. Hierauf hat jedes Mitglied des Rechtsdienstleisters Zugriff. So haben die Vereinsmitglieder die Möglichkeit, bei Bedarf ein Muster für die Lösung einer bestimmten juristischen oder tatsächlichen Problematik zu erhalten, und auf diese Weise die Qualität der Beratung von Pro Bono Heidelberg e.V. zu halten und zu erhöhen.

b) Speicherdauer

Die Falldaten in anonymisierter Form werden dauerhaft gespeichert.

c) Rechtsgrundlage

Rechtliche Grundlage für die Speicherung der Falldaten in anonymisierter Form ist ein berechtigtes Interesse des Rechtsdienstleisters gem. Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. f) DSGVO, weil der Rechtsdienstleister zur Qualitätssicherung und -erhöhung auf anonymisierte Gutachten zurückgreifen können muss (siehe Ziff. IV. 2 lit. a)).

d) Beseitigungsmöglichkeit: Recht zum Widerspruch

Der Mandant kann gem. Art. 21 Abs. 1 S. 1 DSGVO der in lit. a) angegebenen Art der Verarbeitung der Falldaten in anonymisierter Form jederzeit widersprechen. Geht dem Rechtsdienstleister der Widerspruch zu, löscht er die anonymisierten Falldaten, soweit diese noch dem Mandanten zugeordnet werden können. Zum Widerspruch genügt eine E-Mail mit dem Betreff „Widerspruch der Verarbeitung meiner Falldaten in anonymisierter Form“, die den Namen

des Mandanten enthalten muss, an folgende Adresse:

kontakt@probono-heidelberg.de

3. Veröffentlichung der anonymisierten Falldaten im vereinsinternen Newsletter und auf Social-Media-Plattformen

a) Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Der Rechtsdienstleister übermittelt die Falldaten im Einzelfall in vollständig anonymisierter Form auf Social-Media-Plattformen² an die Öffentlichkeit und durch einen E-Mail-Verteiler an seine Mitglieder. Dies erfolgt, um darüber zu informieren, welche Fälle der Rechtsdienstleister aktuell abgeschlossen hat (Newsletter- und Social-Media-Veröffentlichung). Zweck ist, die aktuellen Entwicklungen und Tätigkeiten im Verein möglichst breit darstellen zu können; u.a. hierdurch wird die Lebendigkeit des Vereinslebens dokumentiert.

b) Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für Veröffentlichung der Falldaten im Newsletter und auf Social-Media-Plattformen ist eine Einwilligung des Mandanten gem. Art. 49 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a) DSGVO.

V. Rechte des Mandanten

Dem Mandanten stehen im Zusammenhang mit der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten die folgenden Rechte zu:

1. Auskunftsrecht

a) Der Mandant hat das Recht, von dem Rechtsdienstleister eine Bestätigung

darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf folgende Informationen:

- aa) die Verarbeitungszwecke;
- bb) die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;
- cc) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen;
- dd) falls möglich, die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;
- ee) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- ff) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- gg) wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten;

² Diejenige Social-Media-Plattform, auf der die Veröffentlichung erfolgt, wird dem Mandanten im Einzelfall angegeben.

hh) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und Abs. 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

ii) Werden personenbezogene Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt, so hat die betroffene Person das Recht, über die geeigneten Garantien gemäß Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Berichtigung

Der Mandant hat das Recht, von dem Rechtsdienstleister unverzüglich die Berichtigung ihn betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat der Mandant das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

3. Recht auf Löschung

a) Voraussetzungen des Lösungsanspruchs

Der Mandant hat das Recht, von dem Rechtsdienstleister zu verlangen, dass ihn betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Rechtsdienstleister ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

aa) Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.

bb) Der Mandant widerruft seine Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a) oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

cc) Der Mandant legt gemäß Art. 21 Abs. 1 S. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder der Mandant legt gemäß Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.

dd) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.

ee) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Rechtsdienstleister unterliegt.

ff) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

b) Umfang des Lösungsanspruchs bei Veröffentlichung der personenbezogenen Daten

Hat der Rechtsdienstleister die personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gemäß lit. a) zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Techno-

logie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass der Mandant die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt hat.

c) *Ausschluss des Lösungsanspruchs*

Auch wenn die Voraussetzungen der lit. a) und b) erfüllt sind, gelten diese Regelungen nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- aa) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- bb) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Rechtsdienstleister unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Rechtsdienstleister übertragen wurde;
- cc) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h) und i) sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- dd) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gemäß Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit der in lit. a) genannte Lösungsanspruch voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung

unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder

- ee) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

- a) Der Mandant hat das Recht, von dem Rechtsdienstleister die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- aa) die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von dem Mandanten bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Rechtsdienstleister ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,

- bb) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und der Mandant die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;

- cc) der Rechtsdienstleister die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, der Mandant sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder

- dd) der Mandant Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 S. 1 DSGVO eingelegt hat, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Rechtsdienstleisters im Sinne von Art. 21 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 DSGVO gegenüber denen des Mandanten überwiegen.

b) Wurde die Verarbeitung gemäß lit. a) eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung des Mandanten oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit

- a) Der Mandant hat das Recht, die ihn betreffenden personenbezogenen Daten, die er dem Rechtsdienstleister bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Rechtsdienstleister, zu übermitteln, sofern
- aa) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a) oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO oder auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b) DSGVO beruht und
- bb) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.
- b) Bei der Ausübung seines Rechts auf Datenübertragbarkeit gemäß lit. a) hat der Mandant das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist.

- c) Das Recht gemäß lit. a) darf die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen.
- d) Das Recht nach lit. b) gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

6. Widerspruchsrecht

- a) Der Mandant hat das Recht, aus Gründen, die sich aus seiner besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung ihn betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. e) oder f) DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.
- b) Der Rechtsdienstleister verarbeitet die personenbezogenen Daten im Falle eines Widerspruchs nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- c) Im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft kann der Mandant ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG sein Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren ausüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

d) Der Widerspruch kann gerichtet werden an

kontakt@probono-heidelberg.de

und muss angeben, gegen welche Verarbeitung Widerspruch eingelegt wird.

7. Widerrufsrecht

Der Mandant hat das Recht, seine datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Der Mandant hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat seines Aufenthaltsorts, seines Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn der Mandant der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten gegen diese Verordnung verstößt. Der Mandant hat das Recht, seine datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.